

Gegen einseitige soziale Einschnitte

SPD hält zur Entlastung des Verwaltungshaushaltes an Gewerbesteuererhöhung fest

Eggenfelden. „Die Konsolidierung des Haushalts muss von allen Schultern gleichermaßen getragen werden“, fordern der SPD-Ortsverein und die Stadtratsfraktion in einer Pressemitteilung. „Nachdem in der Vergangenheit Gebühren bereits deutlich erhöht werden mussten, wie z.B. für die städtischen Kindergärten, ist für uns zwingend eine Gewerbesteuererhöhung.“

Die SPD-Fraktion schlage seit Jahren vor, die Gewerbesteuer zeitlich befristet um 20 Punkte zu erhöhen. „Wir sagen klar und deutlich auch an die Adresse der betroffenen Gewerbetreibenden und an die Adresse der CSU, die sich immer noch massiv dagegen sträubt: Wenn wir die Gewerbesteuer freiwillig hochsetzen, wird es mit Sicherheit günstiger, als wenn die kommunale Rechtsaufsicht die Gewerbesteuer evtl. noch höher ansetzt.“

Laut Auskunft des Stadtkämmerers bringe eine Erhöhung um 20 Punkte etwa 330 000 Euro, die den Verwaltungshaushalt spürbar entlasten würden. „Die Aussagen der CSU, notfalls mit dem Rasenmäher den Verwaltungshaushalt zu stützen, kritisieren wir scharf. Von gestandenen und teilweise lang-

jährigen CSU-Stadträten hätten wir mehr kommunalpolitisches Verantwortungsbewusstsein erwartet.“ Die SPD würde daher gerne von der CSU wissen, wo die z.B. bei Kindergärten, in der Stadtverwaltung und anderen Bereichen Sach- und Betriebskosten, die zum ordnungsgemäßen Betrieb notwendig seien, pauschal senken wolle.

„FWG hält sich mit Vorschlägen zurück“

„Stadtrat Grubwinkler geht nun auf die anderen Stadtratskollegen los und beklagt in der Presse, er vermisse ein gewisses Schuldbewusstsein“, schreibt der Ortsverein. Die SPD vermisse dieses Schuldbewusstsein jedoch auch bei der CSU/UWG-Fraktion, habe sie doch im Vorfeld vielen Einzelmaßnahmen kritik- und vorbehaltlos zugestimmt, die nun dem Verwaltungshaushalt bei Zinsen und Tilgung schwer zu schaffen machen.

Trotzdem begrüße man es sehr, dass die CSU mittlerweile genau wie die SPD auch eine Haushaltsperre und ein strenges Controlling

fordere. „Da geht’s in Eggenfelden zu wie im Bayerischen Landtag: die SPD macht Vorschläge und die CSU schreibt das dann ab“, freut sich Thomas Asböck, stellvertretender SPD-Ortsvorsitzender.

Ferner müsse man festhalten, dass sich die FWG/Grüne-Fraktion im Zuge der Auseinandersetzung um den Haushalt bisher nicht der Öffentlichkeit gestellt habe. Überhaupt halte sich die Fraktion des Bürgermeisters mit konkreten Vorschlägen stark zurück. „Wir fordern jedenfalls die FWG/Grüne-Fraktion eindringlich auf, den Aktionismus und die Schnellschüsse ihres Bürgermeisters kritisch zu hinterfragen und einzudämmen. Dies gilt vor allem für den Öffentlichkeits- und Kulturbereich. Hier werden viele Ausgaben leichtfertig getätigt, die in der momentanen Situation keinesfalls leistbar sind“, sind sich Lettl und Asböck einig.

„Die SPD-Fraktion signalisiert allen anderen Fraktionen in den Haushaltsberatungen Gesprächsbereitschaft, vorausgesetzt, es handelt sich um ausgewogene und durchdachte Vorschläge“, betonen 3. Bürgermeisterin Johanna Leibold und Fraktionsvorsitzende Renate Hebertinger. „Blinden Aktionismus und einseitige soziale Einschnitte macht die SPD-Fraktion jedenfalls nicht mit.“ – red